

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 22. März 1985

Blatt 683

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat
 Humanität und Finanzierbarkeit des Sozialwesens
 Steyrer und Braun: gemeinsame Aktivitäten

Lokal: Ausstellung über Simmeringer Straßennamen
(orange)

Kultur: George Pretre "Erster Gastdirigent" der Symphoniker
(gelb)

Sport: 26 Nationen beim Wiener Frühlingsmarathon
(grün)

Nur
über FS: Zimmerbrand im 20. Bezirk

26 Nationen beim Wiener Frühlingsmarathon

=++++

1 Wien, 22.3. (RK-SPORT) Der Wiener Frühlingsmarathon, der am 31. März zum zweiten Mal ausgetragen wird, ist zu einem internationalen Begriff geworden. Wie gestern, Donnerstag, Wiens Sportstadtrat Franz MRKVICKA in einem Pressegespräch erklärte, haben sich bisher über 2.100 Teilnehmer aus 26 Nationen angemeldet. "Eine Zahl, die wohl alles aussagt über dieses LA-Großereignis in unserer Mrkvicka sin anlässlich der Staatsvertragsunterzeichnung vor 30 Jahren Läufer der Signatarstaaten UdSSR, USA, Frankreich und Großbritannien vertreten.

Neben dem Marathonbewerb ist weiters ein Lauf über 15 km und ein Minimarathon für Schüler über 5 km angesetzt, der Start erfolgt für alle Klassen um 10 Uhr vor dem Rathaus.

Nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ ist dieser 2. Wiener Frühlingsmarathon ausgezeichnet besetzt. Zum engen Favoritenkreis zählt der Schwede Kjell-Erik STAHL mit einer Bestleistung von 2:10:38 Stunden, weiters der Däne John SKOVBJERG (2:13:35), der im vergangenen Jahr den Marathon in Berlin unter 8.000 Teilnehmern gewonnen hat. Hoch einzuschätzen sind ferner der Belgier Willi van HAULENBROECK (2:12:30), der Marokkaner Ouhib LAHBIB (2:16) sowie die BRD-Athleten Jürgen HUSEMANN und Hans PFISTERER (jeweils 2:16). Österreichs aussichtsreichster Starter ist Rekordhalter Gerhard HARTMANN, der beim 1. Wiener Frühlingsmarathon sensationeller Sechster geworden war. Bei den Frauen ist Christa VAHLENSIECK mit einer Bestmarke von 2:33 Stunden eine Klasse für sich, hier ist Österreich durch Henriette FINA vertreten, der ein guter Mittelfeldplatz eingeräumt werden kann.

Anmeldungen für den Marathonbewerb sind weiterhin bei "Interconvention", Postfach 80, 1107 Wien, Tel. 57 62 88 oder 57 63 05 möglich. Die Teilnahmegebühr beträgt 300 Schilling.

Wie im Vorjahr gibt es am Vorabend des Laufes eine Kaiserschmarrnparty im Kongreßzentrum Hofburg, außerdem auf dem Donauturm ein Gratisfrühstück, wo man auch eine genaue Übersicht des Streckenverlaufes erhält.

Beim Frühlingslauf erwartet der Veranstalter rund 4.000 Teilnehmer. Hier sind vorerst die Anmeldungen bei allen Filialen der Zentralsparkasse und den Kaufleuten bei Nah & Frisch möglich, ab kommenden Mittwoch dann jeweils von 10 bis 18 Uhr täglich in der Hofburg, Schweizerhof. Hier beträgt die Anmeldegebühr 50 Schilling.
(Forts. mgl.) hof/ko

Ausstellung über Simmeringer Straßennamen

=++++

2 #Wien, 22.3. (RK-LOKAL) "Persönlichkeiten im Spiegel Simmeringer Straßennamen" betitelt sich eine Ausstellung im Bezirksmuseum Simmering am Enkplatz 2, die vom Museumsverein gemeinsam mit dem Kulturverein Simmering und der Kultur Elf gestaltet wurde. Die Ausstellung wird kommenden Sonntag, den 24. März, um 10 Uhr von Gemeinderat Otmar BRIX eröffnet. Im Rahmen der Eröffnung wird SR Dr. Hertha WOHLRAB einführende Worte sprechen, Stephan PARYLA wird Bänkellieder vortragen und Gertude und Harald RUPPERT werden eine Lesung halten.

Die Ausstellung ist bis 23. Juni 1985 jeweils Freitag von 9 bis 12 Uhr und 15 bis 18 Uhr sowie Sonntag von 9 bis 12 Uhr geöffnet. #
(Schluß) zi/bs

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz seines Präsidenten SALLABERGER (SPö) trat der Wiener Landtag am Freitag zu einer Geschäftssitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Margarete DUMSER (SPö) gab Landeshauptmann ZILK bekannt, daß seitens der Eltern ein großes Interesse an dem Schulversuch "Mittelschule" bestehe. Dieser Schulversuch entspreche auch der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Wegen Platzmangels können nur zwei Drittel der angemeldeten Kinder aufgenommen werden. Zilk verwahrte sich gegen den ÖVP-Vorwurf des Wortbruches. Die Lehrpläne sind rechtlich in Ordnung. Die Schulentwicklung könne nicht als beendet betrachtet werden, man müsse für die Zukunft weiterdenken, daher seien, allerdings eingeschränkt, weitere Schulversuche nötig. Er bewege sich im Rahmen der Legalität, betonte Zilk.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPö), wie er die Einschaltung des Stadterneuerungsfonds in das Verfahren zur Erlangung einer Förderung nach dem Wohnhaussanierungsgesetz begründe, sagte Stadtrat Ing. HOFMANN (SPö), dies sei in den Satzungen des Fonds enthalten. Der Fonds könne nur begutachten, die Behörde muß sich aber nicht nach den Empfehlungen des Fonds richten. (Forts.)
fk/bs

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Die Beantwortung der DRITTEN ANFRAGE, wurde aus formalen Gründen auf die nächste Landtagssitzung verschoben.

LABg. STEINBACH (SPö) stelle die VIERTE ANFRAGE an Stadtrat Ing. Hofmann. Sie betraf die Einbeziehung von weiteren Bundesstraßen in die Errichtungsgesellschaft "Gürtel - West- und Süd-Einfahrt". Stadtrat Hofmann antwortete, daß dies denkbar sei. In den Vorgesprächen wurde u.a. auch der restliche Ausbau der Donauuferautobahn behandelt. (Schluß) lei/bs

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. Dr. KRASSER (öVP), wann mit der Vorlage eines Landesgesetzes zur Regelung der Frage der Ehrenkränkung zu rechnen ist, sagte Stadtrat Friederike SEIDL (SPö), daß diese Frage gemeinsam mit anderen Problemen in einem Hearing behandelt werden soll. Das Hearing soll noch in der ersten Hälfte des Jahres 1985 stattfinden.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. Mag. KAUER (öVP), welche Konsequenzen die Aufhebung des § 133 der Bauordnung für Wien durch den Verfassungsgerichtshof hat, sagte Stadtrat Friederike SEIDL (SPö), daß für diese mit 30. November 1985 in Kraft tretende Aufhebung keine legislative Ersatzbestimmung geschaffen wird. Das bedeutet, daß auch für die Bewilligung von Bauten der Stadt Wien der übliche Instanzenweg gilt. (Forts.) gab/bs

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg. Dr. HAUPL (SPö), ob über die Besteuerung von Einweggebinden mit anderen Bundesländern Übereinstimmung mit dem Ziel einer Verringerung der Müllmenge erreicht werden konnte, antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPö), daß es bisher zu keiner solchen Einigung gekommen ist, weil in den anderen Bundesländern die Produktion im Vordergrund steht. Um den "Vösendorf-Effekt" zu vermeiden, werde Wien keinen Alleingang unternehmen. Es werde jedoch den Gesundheitsminister bei der Lösung des Problems unterstützen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. Ing. RIEDLER (SPö), ob sich das jahrelange Ringen um den Verkehrsverbund für Wien gelohnt hat, antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPö) mit Ja. Dies wirke sich auch in Steigerungen der Fahrgastzahlen aus. Wien befürworte auch die Ausdehnung der VOR-Regelung auf die Autobusse in Niederösterreich und dem Burgenland - in Wien sind sie ja bereits in den Verkehrsverbund einbezogen. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Die Bereinigung der Wiener Rechtsvorschriften im Bereich der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik sei zur Gänze abgeschlossen, erklärte Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR auf die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Herbert ZIMA (SPÖ). Von den landesgesetzlichen Vorschriften aus den Jahren vor 1955 seien die Gefrorenessteuer, die Anzeigenabgabe, der Sportgroschen, das Hundeabgabegesetz sowie das Verwaltungsabgabegesetz überarbeitet worden. Das Getränkesteuergesetz blieb unverändert.

Er erwarte einen konkreten Vorschlag der NEWAG und der Verbundgesellschaft betreffend die Fernwärmeversorgung durch das Kraftwerk Dürnrohr in Wien, erklärte StR. HATZL auf die ZEHNTE ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPö). Die Gespräche über eine Einbeziehung der Abwärme aus Dürnrohr in das Energiekonzept der Stadt Wien hätten erst begonnen. (Forts.) je/bs

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat RAUTNER (SPÖ) sagte auf die ELFTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), die Wiener Landesregierung habe eine Stellungnahme zur geplanten Reduzierung des hochrangigen Bundesstraßennetzes im November des Vorjahres deponiert. Es werde nun Gespräche mit dem neuen Bautenminister geben. Die Planung- und Errichtungsgesellschaft garantiere die Finanzierung der nötigen Wiener Straßenbauvorhaben. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Landtag (7)

Utl.: Mitteilung Stadtrat Hofmann zu Wohnbauverordnungen

=++++

10 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Vor wenigen Tagen beschloß die Wiener Landesregierung sieben Durchführungsverordnungen zu den neuen Wohnbaugesetzen. Aus diesem Grund machte Wohnbaustadtrat Ing. HOFMANN (SPö) eine Mitteilung über die Situation und künftige Maßnahmen der Stadterneuerung. Die Trendwende von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung wird mit den beschlossenen Förderungen dokumentiert. Die Stadterneuerung ist eine Herausforderung, die mit dem Wiederaufbau nach 1945 vergleichbar ist.

In den letzten Jahren wurden wichtige rechtliche Maßnahmen beschlossen, sagte Hofmann. das Wiener Altstadterhaltungsgesetz, Bauordnungsnovelle, Schaffung von Schutzzonen, das Bodenbeschaffungs- und Stadterneuerungsgesetz, das Mietrechtsgesetz sowie die "Althausmilliarde". Die sieben Verordnungen sind die konkrete Wiener Ausformung der neuen Bundesgesetze. Mit der Schaffung des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds wurde auch ein notwendiger Schritt der Verwaltungsänderung gesetzt.

Die Neuregelung der Wohnbauförderung wurde möglichst unbürokratisch und zu besonders günstigen Konditionen gestaltet. Die weitgehende Übereinstimmung mit der ÖVP zeigt, daß bei der Lösung wichtiger Sachfragen ein breiter Konsens gefunden werden kann, erklärte Hofmann. Ziel der Stadterneuerung muß sein, die Be- und Wiederbelebung des städtischen Lebensraumes und seiner Wohnumwelt zu erreichen. Dabei wird der Wiener Weg der sanften Stadterneuerung konsequent fortgesetzt. Das bedeutet den Neubau erschwinglicher Wohnungen, die Verbesserung und Sanierung des erhaltenswerten Haus- und Wohnungsbestandes sowie den Ersatz nicht erhaltenswerter oder zu dichter Bebauung. (Forts.) lei/bs

NNNN

Wiener Landtag (8)

Utl.: Mitteilung Stadtrat Hofmann zu Wohnbauverordnungen

=++++

11 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Für das Jahr 1985 werden voraussichtlich 5,2 Milliarden Schilling Wohnbauförderungsmittel zur Verfügung stehen. Daraus müssen neben direkten Förderungsdarlehen auch Zuschußleistungen und Wohnbeihilfen bestritten werden. Als Ziel nannte Hofmann ein möglichst großes Bauvolumen auszulösen und gleichzeitig den Aufwand für die Wohnung in einem sozial vertretbaren Ausmaß zu halten. Für die Instandsetzung und Verbesserung von Häusern und Wohnungen soll das Bauvolumen auf jährlich rund drei Milliarden Schilling gebracht werden. Durch die großzügige Förderung kann die Aufwandsbelastung für Mieter von 75 auf bis zu 15 Schilling pro Quadratmeter und Monat heruntersubventioniert werden.

Für Miet- und Genossenschaftswohnungen werden künftig 70 Prozent Landesdarlehen auf 35 Jahre gewährt. Die Rückzahlung wird rund 27 Schilling pro Quadratmeter Wohnfläche und Monat betragen. Für die Errichtung von Eigentumswohnungen werden zwei Förderungsvarianten angeboten. Es bleiben noch wichtige Probleme wie beispielsweise die des ruhenden Verkehrs sowie die Verkehrssituation allgemein zu lösen, sagte Hofmann. Abschließend dankte der Stadtrat allen, die an diesen neuen Regelungen mitgewirkt haben, für die gute Zusammenarbeit. (Forts.) lei/ko

Wiener Landtag (9)

Utl.: Novellen zum Hundeabgabe-, Versteigerungsabgabe- und
Ankündigungsabgabegesetz

=++++

12 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Auf Antrag von Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) wurden Novellen zum Hundeabgabegesetz, Versteigerungsabgabegesetz und Wiener Ankündigungsabgabegesetz einstimmig beschlossen. Diese Gesetze werden damit an die Bedingungen des Finanzausgleichsgesetzes 1985 angepaßt. (Forts.) ga/ko

NNNN

Wiener Landtag (10)

Utl.: Debatte über Mitteilung von Stadtrat Hofmann

=++++

14 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPö) begrüßte die Verlagerung der Mittel von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung und die neue Förderung für Mieter sanierter Altbauten. Es sei jedoch unbefriedigend, daß die Zuerkennung der Förderungsmittel von der Zustimmung der Stadterneuerungsfonds-Direktoren abhängig sei, dies besonders deshalb, weil es gegen deren Entscheidung kein Rechtsmittel gebe. Überdies gebe es keine Unvereinbarkeitsbestimmungen für die Mitglieder des Wohnbauförderungsbeirates, und auch eine Forderung der Bauwirtschaft nach Verankerung der öffentlichen Ausschreibung und der Einrichtung einer Appellationsinstanz gegen Benachteiligungen bei der Ausschreibung wurde nicht erfüllt.

Das Angebot von Stadtrat Hofmann an ihn, Hirnschall, als Beobachter an den Sitzungen des Kuratoriums des Stadterneuerungsfonds teilzunehmen, bringe nicht viel, er wäre aber gerne bereit, an der Erarbeitung neuer Rechtsgrundlagen mitzuwirken. (Forts.) and/bs

Wiener Landtag (11)

Utl.: Debatte über Mitteilung von Stadtrat Hofmann

=++++

15 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Das Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz, erklärte LABg. Dr. PETRIK (ÖVP), sei in zweifacher Hinsicht ein Reparaturgesetz. Erstens sei nun jene Voraussetzung geschaffen, um Stadterneuerung und Reparatur sinnvoll zu realisieren. Zweitens würden durch diese Landesverordnungen die mangelhaften Bundesgesetze korrigiert. Mit diesen Voraussetzungen sei es nun möglich, allen Betroffenen Förderungsmittel für die Sanierung zugänglich zu machen. Was die Mieter betreffe, so könne man es ihnen zumuten, Sanierungen in dieser verbilligten Form mitzutragen. Der sozialen Komponente sei damit ebenso entsprochen worden, wie der Aufgabe der Stadt, öffentliche Mittel differenziert auszugeben. (Forts.) je/ko

Wiener Landtag (12)

Utl.: Debatte über Mitteilung von Stadtrat Hofmann

=++++

16 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Dr. SOWOBODA (SPÖ) betonte, die Bundesgesetze, die sehr föderalistisch gestaltet wurden, bilden die Basis für die Wiener Wohnbauverordnungen. Die Stadtverwaltung beschreite den Weg der sanften Stadterneuerung und vermeide die "Kahlschlagsanierung". Es gibt nun eine Schwerpunktverlagerung zur Stadterneuerung, womit gleichzeitig eine Aufwertung des Hausbestandes und Hausbesitzes verbunden sei. Stadterneuerung ist ohne Aktivitäten der privaten Hausherren nicht durchführbar. Die neuen Verordnungen bieten auch ideale Bedingungen für das Wiener Baugewerbe.

Trotz Stadterneuerung dürfe aber auch nicht auf den Neubau vergessen werden. Er sehe in der Stadterneuerung eine soziale Aufgabe, eine Renaissance des städtischen Lebens, aber auch eine wirtschaftliche Aufgabe, die der Arbeitsplatzsicherung in der Stadt diene. (Forts.) fk/ko

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

George Pretre "1. Gastdirigent" der Symphoniker

=++++

13 #Wien, 22.3. (RK-KULTUR) George Pretre hat aufgrund einer Einladung des Orchesters "Wiener Symphoniker" den Titel "1. Gastdirigent" angenommen. Dies ist überhaupt die erste Bindung, die George Pretre mit einem Orchester eingeht. Absprachegemäß bedeutet dies die künstlerische Leitung bei den wichtigsten Konzerten und auch Reisen des Orchesters.#

George Pretre nimmt im Mai 1985 seine Arbeit auf, vier Konzerten im Musikverein folgt eine Konzertreise, die zunächst nach Prag und Linz und sodann nach Lugano, Bologna, Florenz, Ravenna, Turin, Bergamo, Parma und Brescia führt. Ein Konzerthaus-Festwochenkonzert am 3. Juni beschließt diese Arbeitsperiode.

Damit ist die bisher so erfolgreiche Arbeit des künstlerischen Beirates Christoph von Dohnany, Gerd Albrecht, Gary Bertini in organisatorischer Hinsicht zwar beendet, alle drei Dirigenten haben sich jedoch bereiterklärt, die freundschaftliche, enge Bindung mit den Wiener Symphonikern zu erhalten. (Schluß) gab/ko

NNNN

Humanität und Finanzierbarkeit des Sozialwesens (1)

Utl.: Erhaltung des Sozialsystems

=++++

21 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Für die Sicherstellung und Erhaltung des Sozialsystems bzw. des Sozialstaates sprachen sich die Teilnehmer der 13. österreichischen Konferenz für Sozialarbeit über das Thema "Sozialpolitik und soziale Arbeit zwischen Humanität und Finanzierbarkeit" aus. Über die Ergebnisse dieser dreitägigen vom österreichischen Komitee für Sozialarbeit durchgeführten Konferenz, berichtete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Freitag in einem Pressegespräch. Fast 100 Experten aus der BRD, den Niederlanden, Großbritannien, der Schweiz und Österreich hatten sich in Arbeitskreisen mit diesem Thema befaßt. Freitag fand unter dem Vorsitz von Univ.-Prof. Dr. Stacher, Präsident des öKSA, die abschließende Plenarsitzung statt, bei der die Ergebnisse bekanntgegeben wurden.

Zwtl.: Verstärkung der Selbsthilfe

Im Rahmen der Diskussion sprachen sich die Teilnehmer für eine Verstärkung der Selbsthilfe aus. Der von den Selbsthilfegruppen praktizierte Weg der "Hilfe zur Selbsthilfe" ist in der modernen Sozialarbeit nicht mehr wegzudenken und stellt eine wesentliche Ergänzung des vorhandenen Sozialnetzes dar.

Zwtl.: Hilfe durch die Allgemeinheit

Als wesentliche Aufgabe der öffentlichen Hand wurde die Existenzsicherung bezeichnet, unter Einbeziehung privater Vereine im Rahmen der diversen sozialen Dienste. Dabei dürfte allerdings kein "Nulltarif" angewandt werden, sondern jeder müsse den seinem Einkommen entsprechenden Beitrag leisten. In diesem Zusammenhang wurde ferner festgestellt, daß sich das bisher angewandte Sozialsystem bestens bewährt und der sogenannte "Wiener Weg" bestätigt hat. (Forts.) zi/ko

NNNN

Humanität und Finanzierbarkeit des Sozialwesens (2)

Utl.: Aufrechterhaltung der sozialen Sicherheit

=++++

22 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des Pressegespräches bekannte sich Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zur Aufrechterhaltung der sozialen Sicherheit, die seiner Meinung nach aus der staatlichen, kommunalen und privaten Hilfe besteht. Das gegenwärtige soziale System hat sich, wie Stacher erklärte, zweifellos bewährt, sollte aber dennoch "durchforstet" werden, um zu überprüfen, ob nicht eventuelle Änderungen notwendig sind. Der Stadtrat sprach sich ferner für eine noch größere Flexibilität in der Verwaltung aus und meinte, daß es auch durchaus möglich wäre, Einsparungen im sozialen Bereich unter dem Aspekt durchzuführen, damit wieder in bestimmten sozialen Bereichen Verbesserungen durchgeführt werden können. Seitens der ausländischen Experten wurde u.a. auch auf den in den letzten Jahren besonders in der BRD, den Niederlanden und Großbritannien erfolgten Sozialabbau und dessen Folgen hingewiesen. (Schluß) zi/bs

NNNN

Steyrer und Braun: gemeinsame Aktivitäten

=++++

26 #Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Die schon bisher durchgeführten gemeinsamen Aktivitäten auf dem Umweltsektor sollen noch weiter verstärkt werden: das vereinbarten Umweltminister Dr. Kurt STEYRER und Wiens Umweltstadtrat Helmut BRAUN Freitag bei einem Besuch Steyrers im Rathaus: Vor allem bei der Frage Sondermüllentsorgung und Sondermülldeponie, Verbot von PVC, Entsorgung von Altölen/ Motorölen und die Frage der gezielten Altbatteriesammlung und -wiederverwertung sollen forciert gemeinsame Strategien entwickelt und Maßnahmen durchgeführt werden. #

Zwischen Umweltminister und Wiener Umweltstadtrat gibt es regelmäßige Kontakte zu aktuellen Fragen. Diesmal wurde dieser Jour fixe mit einem Besuch des Umweltministers im Rathaus, bei der Gemeinderatsdebatte und bei Einrichtungen der Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst, verbunden. (Schluß) hs/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

17 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. KNEIDINGER (SPÖ) nach der Höhe der Repräsentationsausgaben der Stadt Wien im Verhältnis zu den anderen Bundesländern verwies Bürgermeister Dr. ZILK darauf, daß die Wiener Landes-Repräsentationsausgaben aus dem Gemeindebudget bedeckt werden. Dies müsse man auch im österreichweiten Vergleich berücksichtigen, und dabei wende Wien den geringsten Betrag für Repräsentationen auf, obwohl die Bundeshauptstadt sehr viel weitergehende staats- und fremdenverkehrspolitische Aspekte zu berücksichtigen hat.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP) nach dem Stand der Verkaufsverhandlungen mit Baumeister Eberhardt im Zusammenhang mit Liegenschaften für den U 3-Betriebsbahnhof antwortete Stadtrat HATZL (SPÖ), er sei zwar nicht ressortzuständig, könne aber sagen, daß der Erwerb dieser Grundstücke durch Verhandlungen oder Enteignung nachdrücklich vorangetrieben werde. Es gebe ein Konzept für den Ankauf notwendiger Grundstücke für die U-Bahn, und der Zeitplan sei so angelegt, daß Enteignungen dann rechtzeitig in die Wege geleitet werden können, wenn Ankaufsverhandlungen zu keinem Ergebnis führen.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HÄUPL (SPÖ) nach dem Terminplan für den Einbau von Rauchgasreinigungsanlagen in die Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau antwortete Stadtrat HATZL (SPÖ), daß die Anlage im Flötzersteig im November 1985, jene in der Spittelau im Herbst 1986 fertiggestellt sein werde. Dadurch werden sich vertragsgemäß deutliche Reduzierungen der Belastungen ergeben; es sei sogar damit zu rechnen, daß über die vertragliche Reduzierung hinaus eine Senkung der Emissionen erreicht werde. Die Sanierung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig werde zu keiner Steigerung des Durchsatzes über die bereits bisher festgelegten 200.000 Tonnen pro Jahr führen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

18 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. SCHMIDTMEIER (SPÖ), welche finanziellen Auswirkungen sich für die Wiener Stadtwerke im laufenden Jahr auf Grund der Erhöhung des Heizölpreises um 400 Schilling je Tonne ergeben, sagte Stadtrat HATZL (SPÖ), daß die Mehrkosten allein im Bereich des Heizöls 60 Millionen Schilling betragen. Durch die Kopplung des Gaspreises und die Auswirkung auf die Produktionskosten bei den E-Werken sind die Gesamtkostenerhöhungen für die Stadtwerke auf über 150 Millionen Schilling zu beziffern. Eine Erhöhung des Strompreises ist heuer trotzdem nicht vorgesehen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welchen Zweck die vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds unterstützte Informationsreise zu diversen Vergnügungsstätten der USA unter der Leitung von Stadtrat Dr. Mauthe verfolgt, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß durch diese Reise Erfahrungen gewonnen werden sollen, die in die Belebungsmaßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Wiener Praters eingebracht werden sollen. Der wienerische Charakter des Praters soll in jedem Fall erhalten und ausgebaut werden.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Dr. GOLLER (ÖVP), wieviele Tonnen Müll täglich von Firmen und Privaten auf die Deponie Rautenweg gebracht werden, nannte Stadtrat BRAUN (SPÖ) 215 Tonnen täglich. Dieser Müll wird durch Sichtkontrolle und Lenkerbefragung kontrolliert, nicht geeignetes Ladegut wird retourniert und an die EBS weitergegeben. Für die Zukunft ist eine der Deponie vorgeschaltete Kontrolle in einem Vorsortierwerk mit den Möglichkeiten von Aussortierung und Wiedergewinnung geplant.

(Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

19 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Die Anzahl der Vormerkungen für eine Gemeindewohnung auf Grund der geänderten Einkommensrichtlinien für die Erlangung eines Vormerkscheines haben sich zum Vergleichszeitraum des Vorjahres um 23 Prozent, in Zahlen um 657, erhöht, erklärte Stadtrat HOFMANN (SPö) auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dr. PETRIK (öVP). Durch die geänderten Einkommensrichtlinien sei sichergestellt, sagte Hofmann, daß die Wohnungswerber der zusätzlichen Vormerkungen nicht mit Wohnbeihilfen ausgestattet würden.

Es sei richtig, beantwortete Stadtrat HOFMANN die ACHTE ANFRAGE von GR. BUCHELT (SPö), daß bei einem Bauvorhaben in Wien 19, An den Langen Lüssen, bei einer auf 4,50 Meter beschränkten Gebäudehöhe vier Geschosse untergebracht werden sollten. Es handle sich dabei um ein Baubewilligungsansuchen von Herrn Dr. Wille. Derzeit werde das Ansuchen von der Baubehörde geprüft. Er könne sich aber nicht vorstellen, betonte Hofmann, daß es bewilligt werde.

Er persönlich gebe der Gesamtüberdachung des Wiener Praterstadions den Vorzug, erklärte Stadtrat MRKVICKA (SPö) auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing.Dr. PAWKOWICZ (FPö). Die Kostenvoranschläge für die Gesamtüberdachung betragen derzeit 125 Millionen, für die Teilüberdachung 150 Millionen Schilling. Es sei nur die Teilüberdachung ausgeschrieben worden, weil man der Meinung gewesen sei, diese werde kostengünstiger sein. Die Prüfung sei aber noch nicht abgeschlossen. (Forts.) je/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

20 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. PROCHASKA (ÖVP) über die Erfahrungen der Sonderlehrgänge an Volkshochschulen gab Jugendstadtrat Ingrid SMEJKAL (SPÖ) eine Übersicht über die Aktivitäten. Die Erfolgsquote bei den Sonderlehrgängen sowohl für Ausländer als auch für Inländer liege sehr hoch. Daneben bieten auch die Wiener Jugendzentren Kurse zur Erreichung der Hauptschulabschlußprüfungen an. Es sei ihr nicht bekannt, daß beim Maturantenlehrgang in der Stöbergasse der Verdacht des Verkaufes von Maturafragen aufgetreten sei.

Die Briefaktion zum Internationalen Jahr der Jugend sei erfolgreich, sagte Jugendstadtrat Smejkal auf die ELFTE ANFRAGE von GR. FAYMANN (SPÖ). Bis jetzt liegen bereits mehr als tausend Antworten vor. Sie befassen sich mit vielen Themen wie dem Radwegenetz, Umweltfragen, Wohnproblemen, Sport- und Musikfragen. Zahlreiche Briefschreiber fordern verstärkte Information durch die Stadt Wien.

Der Rosenhügelsteg wird Anfang April für Fußgänger frei sein, sagte Bautenstadtrat RAUTNER (SPÖ) auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. Dr. SWOBODA (SPÖ). Mitte Juni wird er endgültig fertiggestellt und ist dann auch für Radfahrer und Rollstuhlfahrer benutzbar. Trotz der schlechten Witterung sei es gelungen, mit vollem Einsatz aller Mitarbeiter die kurze Bauzeit einzuhalten. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Abänderung eines Flächenwidmungsplanes im 14. Bezirk

=++++

23 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Nach der Fragestunde wurde über die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Linzer Straße, Bujattigasse und Rosentalgasse im 14. Bezirk verhandelt.

GR. OBLASSER (SPö) begründete den Antrag mit der Notwendigkeit, die zahlreichen Grünflächen zu erhalten und eine weitere Verdichtung der Bebauung zu verhindern.

GR. ARTHOLD (öVP) kritisierte, daß in diesem Gebiet nur eine punktuelle Planung erfolgt sei und daß eine Gesamtschau fehle. Dadurch werden auch die Umweltprobleme, wie sie der Flötzersteig mit sich bringt, negiert. Die Anregungen der öVP wurden in der Bezirksvertretung ohne Diskussion abgelehnt, die Bevölkerung bei der Planerstellung nicht befragt. Arthold forderte mehr Bezirks- und Basisdemokratie.

GR. PRAMEL (SPö) erklärte, daß seit 1981 alle Planungsdetails sowohl in der Bezirksvertretung als auch mit der Bevölkerung gründlich diskutiert wurden. Der vorliegende Flächenwidmungs- und Bebauungsplan wurde nicht willkürlich abgegrenzt und gewährleistet eine Gesamtplanung dieses Gebietes. Außerdem wurde eine Fülle von Wünschen der Bevölkerung berücksichtigt.

ABSTIMMUNG: Mit Stimmenmehrheit angenommen. (Forts.) lei/ko

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Flächenwidmung Großjedlersdorf

=++++

24 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPö) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Jedlersdorfer Straße, Strebersdorfer Straße, Brünner Straße und Trillergasse im 21. Bezirk sowie die Festsetzung einer Schutzzone für Teile dieses Gebietes. Damit werden der alte Ortskern von Großjedlersdorf in Abstimmung an den bestehenden Baubestand geschützt und weitere Anpassungen an erforderliche Maßnahmen getroffen.

GR. SCHIEL (SPö) brachte gemeinsam mit GR. Dr. Peter MAYR (öVP) den ABÄNDERUNGSANTAG ein, den vorgesehenen Durchgang im Bereich Amtsstraße 7-9 zu streichen, da er nicht notwendig sei. Das entspreche auch dem Wunsch der Bevölkerung und der Bezirksvertretung.

ABSTIMMUNG: Der Antrag und der Abänderungsantrag wurden einstimmig angenommen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Stadtentwicklungskommission

=++++

25 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPö) beantragte die Genehmigung des Entwurfes über Zusammensetzung und Arbeitsweise der Stadtentwicklungskommission. GR. OBLASSER (SPö) betonte, damit werde die Versicherung der SPö, die den Stadtentwicklungsplan gegen die Stimmen der Opposition beschlossen hat, bestätigt, daß sich künftig alle Entscheidungen am Stadtentwicklungsplan orientieren werden. Die Kommission wird Empfehlungen zu rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen abgeben und für die Stadtentwicklung wichtige Anträge beurteilen. Das betrifft den Investitionsplan, Förderungen, Flächenwidmung oder Betriebsansiedlung. In der Kommission werden alle politisch relevanten Kräfte und Fachleute vertreten sein. Der Kommission wird ein Arbeitsausschuß zur Seite gestellt.

GR. Dr. Peter MAYR (öVP) erklärte, die öVP habe ihre Gründe für die Ablehnung des Stadtentwicklungsplans ausführlich erläutert. Die Schaffung der Stadtentwicklungskommission stand jedoch nie in Zweifel. Sie biete der öVP nun die Möglichkeit, frühere Fehler im Stadtentwicklungsplan zu korrigieren. Er hoffe nur, daß diese Kommission nicht so sanft entschlafen werde, wie zahlreiche frühere Beiräte aus den verschiedensten Bereichen. In einem ANTRAG verlangt die öVP, einen unabhängigen Beirat im Zusammenhang mit der Errichtung der Staustufe Wien ins Leben zu rufen, dem Experten und Wissenschaftler der verschiedensten Fachrichtungen angehören sollen. Er soll alle Fragen noch im Planungsstadium analysieren und beurteilen.

In seinem SCHLUSSWORT sagte Dr. Swoboda, frühere Beiräte seien an ihrer Größe und damit mangelnden Arbeitsfähigkeit gescheitert. Daher gebe es den Arbeitsausschuß.

Der Abänderungsantrag der öVP wurde einstimmig zugewiesen, der ANTRAG selbst einstimmig ANGENOMMEN. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Grundstücksankauf in Kaiserebersdorf

=++++

27 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) beantragte den Ankauf von zwei Grundstücken in Kaiserebersdorf. Die öVP, erklärte GR. Dr. MAIER (öVP), sehe den Ankauf der beiden Liegenschaften am Leberberg als einen Kompromiß zwischen der Stadterweiterungspolitik der letzten Jahre und dem Stadterneuerungstrend der Gegenwart. Er weise, wie schon wiederholt, auf die Nachteile hin: Verlust von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, fehlende Infrastruktur. Die öVP, erklärte Maier, lehne dieses Projekt ab, obwohl es von 3.000 auf 1.000 Wohnungen reduziert worden sei.

Stadterneuerung könne man nicht auf Baulücken bezogen sehen, erklärte GR. HAAS (SPö). Die Infrastruktur, deren Fehlen die öVP kritisiere, sei, sowohl was Schulstandorte, Naherholungsgebiete und Verkehrsverbindungen betreffe, gegeben.

GR. Dr. PETRIK (öVP) wies auf die Folgeproblematik bei "Satellitenstädten" hin. Er hoffe, daß bei diesem Neubau die verdichtete Flachbauweise angewendet werde.

GR. Ing. SVOBODA (SPö) wies darauf hin, daß eine Wohnqualitätsverbesserung im Rahmen der Stadterneuerung auch eine Ausweitung des Wohnraumes erfordere.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö und FPö angenommen.

(Forts.) je/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Nachträglicher Anschluß ans Fernwärmenetz

=++++

28 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPö) stellte den Antrag auf nachträglichen Einbau von Zentralheizungen mit Anschluß an das Fernwärmenetz für die städtischen Wohnhausanlagen Jägerstraße 62-64, Stromstraße 14-16 A und Brigittaplatz 1-2.

GR. KIENDL (öVP) sprach sich prinzipiell für derartige Maßnahmen aus, betonte jedoch, für die Mieter dürfe kein Anschlußzwang bestehen. Er kritisierte mangelnde Isolierung von Fernwärmeleitungen und die oft schlechte Wärmedämmung städtischer Wohnbauten aus den 50er und 60er Jahren. Energiesparen sei die sinnvollste und umweltfreundlichste Energie. Weiters kritisierte der Redner den Verrechnungsmodus der Heizbetriebe. Die derzeitige Praxis der Verbrauchsfeststellungen sei mangelhaft.

GR. Maria KUHN (SPö) betonte, die Fernwärme als Energieträger habe eine große Zukunft. Der nachträgliche Anschluß an das Fernwärmenetz sei ein Beitrag zur sanften Stadterneuerung. Außerdem sei die Fernwärme billiger als die Einzelheizung. Für 1985 ist geplant, weitere 10.000 Wohnungen nachträglich an die Fernwärme anzuschließen, wobei kein Anschlußzwang bestehe.

GR. ARTHOLD (öVP) bedauerte das schlechte Image der Fernwärme in Wien. Dieser Energieträger gelte als zu teuer. Es wurden zahlreiche psychologische Fehler gemacht. Wenn die Fernwärme attraktiv sein soll, dann müsse sie billiger sein.

GR. Dr. SWOBODA (SPö) wies nochmals darauf hin, daß die Fernwärme im Vergleich verschiedener Energiearten die billigste sei. Bei der Ableitung gäbe es noch technische Probleme.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Abgabe auf Bier

=++++

29 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister MAYR (SPö) beantragte, die Getränkesteuer auf Bier aus Rechtssicherheitsgründen wieder zu beschließen. Inhaltlich tritt zur derzeitigen Regelung keine Änderung ein.

GR. LANGHAMMER (öVP) kritisierte die derzeitige Form der Besteuerung als "unbefriedigend". Man sollte die Steuer bereits beim Produzenten einheben.

GR. KNEIDINGER (SPö) hielt es nicht für sinnvoll, wenn man wenige Wochen nach Abschluß eines neuen Finanzausgleiches neue Verhandlungen über eine Detailregelung verlangt.

Vizebürgermeister MAYR (SPö) erklärte in seinem Schlußwort, daß sich die Zahl der gastronomischen Betriebe in Wien um 600 auf mehr als 6.100 erhöht hat. Das ist sicher kein Indiz für einen Zusammenbruch der Branche.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) sei/ko

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Wasserwirtschaftsfonds

=++++

31 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHMIDTMEIER (SPö) beantragte, beim Wasserwirtschaftsfonds für die Verbesserung der Wasserversorgungsanlage in der Josefstädter Straße ein Darlehen in der Höhe von 3,98 Millionen Schilling und für die Erweiterung der Wasserversorgungsanlage Jochen-Rindt-Straße ein Darlehen in der Höhe von 880.000 Schilling aufzunehmen.

GR. HAHN (öVP) deponierte seine Zustimmung zu diesen Anträgen, kritisierte aber, daß die Stadt Wien den Wasserwirtschaftsfonds zu wenig in Anspruch nehme und von den bisher 130 mit Hilfe des Fonds vorgenommenen Baumaßnahmen nur einen geringen Teil abgerechnet habe. Er stellte den BESCHLUSSANTRAG, das Kontrollamt möge alle Ansuchen des Bundeslandes Wien beim Wasserwirtschaftsfonds seit dem Zeitpunkt des Einreichens um die Hauptkläranlage und EBS überprüfen. Hahn forderte schließlich auch den Abschluß des angekündigten Staatsvertrages über eine Reihe wichtiger Wasserbauprojekte in der Gesamthöhe von rund fünf Milliarden Schilling.

GR. FREITAG (SPö) sagte, daß der überwiegende Teil der von GR. Hahn geforderten Abrechnungen bereits getätigt worden sei. Bei einer Sitzung des Wasserwirtschaftsfonds im kommenden April wären die Voraussetzungen für eine Reihe ausstehender Projekte in Wien zu schaffen. Freitag wies darauf hin, daß Wien gerade in den letzten Jahren viele Vorhaben auf dem Gebiet des Umweltschutzes in die Wege geleitet und vorbereitet habe.

ABSTIMMUNG: Die beiden Anträge wurden einstimmig angenommen. Der Beschlußantrag von GR. Hahn wurde einstimmig dem Kontrollausschuß zugewiesen. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Sechs Milliarden für SMZO-Spital

=++++

32 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Erich HUBER (SPö) beantragte 5,25 Milliarden für den Bau und 770 Millionen für die Einrichtung des Spitals im Sozialmedizinischen Zentrum Ost.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) begrüßte, daß bei diesem Projekt erstmals auch die voraussichtlichen Betriebskosten - 1,1 Milliarden jährlich, davon 724 Millionen Personalkosten - berechnet wurden. Er verwies darauf, daß nördlich der Donau deutlich weniger Spitalsbetten pro Einwohner zur Verfügung stehen als in den anderen Teilen Wiens. Hirnschall verwies darauf, daß der Grundsatzbeschuß für das Krankenhaus 20 Jahre zurückliege und nun mit einer zehnjährigen Bauzeit zu rechnen sei.

GR. Dr. DALLER (öVP) gab einen Überblick über die lange Vorbereitung zum Bau des Krankenhauses. Der Grund für das Nichtbauen sei darin zu sehen, daß die Wiener SPö diesem Spital nicht jene Priorität zuerkannt habe, die es im Interesse der Bevölkerung dieser beiden Stadtteile verdient hätte. Der heutige Beschluß sei kein Ruhmesblatt für die SPö, sondern die traurige Geschichte zahlreicher Versäumnisse.

GR. DINHOF (SPö) betonte, daß es vor der Inangriffnahme des SMZO-Spitals-Baues unbedingt notwendig gewesen war, die Voraussetzungen für die Ausbildung des Pflegepersonals zu schaffen. Ebenso wichtig war es, im Norden Wiens ein Pflegeheim einzurichten. Es sei unrichtig, sagte Dinhof, daß die Spitalsversorgung der Bevölkerung in den nördlichen Stadtteilen vernachlässigt worden sei. Es gehe vielmehr um eine Verbesserung der räumlichen Verteilung der Spitalsbetten. Wenn sich Landesrat Brezovsky gegen die Auflösung des SMZO-Spitals-Vertrages wehre, sehe er dies aus der Sicht Niederösterreichs ein. Die Wiener öVP hingegen sei selten für die Interessen Wiens eingetreten. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Sechs Milliarden für SMZ-Ost-Spital

=++++

33 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Es sei finanziell besorgniserregend, erklärte Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP), daß sowohl das Krankenhaus Stadlau als auch das AKH 1993 in Betrieb gehen. Die beiden Spitäler werden beträchtliche Mehrkosten verursachen. Schlick kritisierte die mangelhaften Projektunterlagen sowie das Fehlen einer Aufwand/Ertragsgegenüberstellung und der Berechnung eines Fixkosten/Variablen-Kostenanteils. Im Namen ihrer Fraktion forderte die Rednerin die Einsetzung eines Generalunternehmers wie beim Bau des AKH.

Das Krankenhaus des SMZ-Ost, erklärte Stadtrat STACHER (SPÖ), repräsentiere einen neuen, überaus humanen Spitalstypus. Das Pavillon-Verbundsystem verursache durch seine aufgelockerte Baustruktur sicherlich zum Teil Mehrkosten. Man akzeptiere besser jetzt große Kosten, die man unterschreiten könne, als später Kostensteigerungen zur Kenntnis nehmen zu müssen. Betriebsorganisatorisch sei das Krankenhaus SMZ-Ost so durchgeplant wie kein anderes Spital.

Das erste Opfer des SMZ-Ost sei das Sophienspital im 7. Bezirk, sagte GR. CERNY (ÖVP). Auf Grund des Baus des Krankenhauses Stadlau fühle man sich offensichtlich berechtigt, das dringend notwendige Sophienspital in ein Pflegeheim umzuwandeln, obwohl die Bevölkerung sich gegen diese Regelung ausgesprochen habe. Das von Stadtrat Stacher angebotene Elisabeth-Spital als Ersatz für die Neubauer Bevölkerung sei einem anderen Versorgungsbereich zugewiesen. (Forts.) je/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Sechs Milliarden für das SMZ-Ost-Spital

=++++

34 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) verwahrte sich gegen die Vermengung von SMZ-Ost und Sophienspital. Außerdem sei keine Schließung, sondern die Umwandlung in ein Pflegezentrum geplant. Die von GR. Cerny angeschnittenen verschiedenen Versorgungsbereiche, betonte der Redner, seien nicht zwingend vorgeschrieben. Die neue Form eines Pflegezentrums garantiere auch die ambulante Betreuung der Bevölkerung.

Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) verwies darauf, daß die Voraussetzungen für eine Schließung des Sophienspitals laut Zielplan nicht gegeben seien. Sie warf Stadtrat Stacher undemokratisches Verhalten vor, weil er von seinen Plänen die Bezirksvertretung weder informiert, noch diese angehört habe.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER betonte in einer weiteren Wortmeldung, die ÖVP sei lediglich aus Bestemm gegen die Umwandlung des Sophienspitals in ein Pflegezentrum. Ihm gehe es darum, eine ausreichende Spitals- und Pflegeversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Derzeit liegen in den Akutanstalten Patienten, die Pflegefälle sind, und daher nicht maximal versorgt werden können. Diese Patienten sollen in einem Pflegeheim, einem Tageszentrum, untergebracht werden. Außerdem wies Stacher den Vorwurf eines undemokratischen Verhaltens zurück.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Gaspreiserhöhung

=++++

35 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat HATZL (SPö) beantragte eine Erhöhung des Gaspreises ab 29. April 1985 auf 54 Groschen/kWh für Haushalte und 52 Groschen pro kWh für Gewerbe und Industrie. Hatzl stellte fest, daß diese Erhöhung von rund sieben Prozent nach vier Jahren keine volle Kostenabgeltung enthalte.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) begrüßte die Reduktion des ursprünglich vorgesehenen Erhöhungsbetrages von elf Prozent und regte eine Änderung des Abrechnungssystems an. Die Bezahlung solle nicht wie bisher im voraus, sondern stufenweise nach dem Verbrauch erfolgen.

GR. Ing. KREINER (öVP) sagte, die Gaspreiserhöhung bedeute eine weitere, auf Grund der wirtschaftlichen Situation der Gaswerke nicht notwendige Belastung der Konsumenten.

GR. EDER (SPö) führte aus, daß die Erhöhung des Gaspreises im Interesse der Versorgungssicherheit und der notwendigen Investitionen absolut notwendig sei. Durch das ohnedies sehr konsumentenfreundliche Ausmaß der Erhöhung werde nur ein Teil der Kostensteigerung der letzten Jahre abgedeckt. Neben den Erhöhungen des Einstandspreises für das Rohgas müsse man schließlich auch alle anderen Kostenfaktoren wie Personal- und Investitionskosten sehen.
(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Gaspreiserhöhung

=++++

36 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) StR. Maria HAMPEL-FUCHS (öVP) erklärte, daß Pensions- und Lohnerhöhungen nicht mit den Indexerhöhungen Schritt hielten und daß die Sozialhilfeaufwendungen zwischen 1979 und 1983 um 200 Prozent erhöht wurden. Die stets steigenden Belastungen brächten nun nach den Beziehern kleiner auch jene mittlerer Einkommen in Bedrängnis. Dies sei auf eine verfehlte Wirtschafts- und Budgetpolitik zurückzuführen.

GR. LACINA (SPö) verwies darauf, daß Wien beim Gaspreis von den internationalen Preisschwankungen abhängig sei. Er betonte, daß die Sozialleistungen im Bundesland Wien höher liegen als in jenen Ländern, die von der öVP verwaltet werden.

In einer zweiten Wortmeldung verwies Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS (öVP) auf den Umfang öffentlicher Tarifsteigerungen in Wien und meinte, die Familien würden immer stärker benachteiligt. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Gaspreiserhöhung

=++++

17 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Zu den Vorschlägen der FPö erklärte Stadtrat HATZL (SPö), diese würden geprüft und diskutiert werden. Ein mehrmaliges Ablesen der Gaszähler könne aber nur Mehrkosten für den Konsumenten verursachen.

Zum Debattenbeitrag von GR. KREINER (öVP) erklärte Hatzl, die Differenz zwischen dem Wirtschaftsplan 1983 und dem Rechnungsabschluß, mit der die öVP die Ablehnung des Antrages zum Teil begründe, rühre daher, daß die größte Einzelpost für das Budget 1983, der Erdgaseinkauf gewesen sei, der sich durch die Situation in der UdSSR damals wesentlich verbilligt hätte. Man habe zeitgerecht auf diese Ausnahmesituation aufmerksam gemacht. Wie sensibel die Preise seien, könne man an der Preisveränderung von 12 Prozent bei Erdgas im Zeitraum von November 1984 bis Jänner 1985 erkennen. Es gebe daher keinen Widerspruch zwischen der Vorgangsweise der Gaswerke und den Aussagen des Bürgermeisters. Man habe die Tarife nun vier Jahre gehalten, er verstehe deshalb, sagte Hatzl, die ablehnende Haltung der öVP zu dieser gerechtfertigten Preiserhöhung nicht.

Zum Debattenbeitrag von StR. Hampel-Fuchs merkte Hatzl an, daß es eine unsoziale Geste wäre, wenn man mit einer Preiserhöhung zugewartet hätte. Die Folge davon wären weitere Investitionssperren gewesen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPö und FPö angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 19.25 Uhr.

(Schluß) je/bs